

Beilage 27.**Bericht**

des landwirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch des Präsidiums der österreichischen Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen beim Abschlusse von Handelsverträgen um Gewährung einer Subvention aus Landesmitteln.

Hoher Landtag!

Das Präsidium der österreichischen Zentralstelle ersucht mit Zuschrift vom 12. September d. J. Nr. 541 um Gewährung einer Subvention in der Höhe von 100 K. Im Gesuche wird darauf hingewiesen, daß der immer näher heranrückende Zeitpunkt der Erneuerung unserer Handelsverträge ein inniges Zusammenstehen aller interessierenden Kreise der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder erfordert, wenn nicht Landwirtschaft und Industrie in Österreich gleichzeitig zugrunde gehen sollen.

Weiters wird im Gesuche darauf hingewiesen, daß auch der neue Zolltarifentwurf, wenn er den Interessen der Landwirtschaft gerecht werden soll, noch mehrfacher Verbesserungen und Vervollkommnungen bedarf und bezüglich unserer Handelsverträge, welche die landwirtschaftliche Produktion zugrunde richten, ohne unsere Industrie zu fördern, Wandel geschaffen werden muß, wenn nicht Landwirtschaft und Industrie neuerdings auf das empfindlichste geschädigt werden sollen.

Der landwirtschaftliche Ausschuß pflichtet den im Gesuche dargelegten Grundsätzen bei und es ist gewiß vollauf gerechtfertigt, daß die Interessen der österreichischen Land- und Forstwirtschaft bei Erneuerung der Zoll- und Handelsverträge besser gewahrt werden, als dies jetzt geschehen ist und es ist deshalb notwendig, daß die Vorarbeiten möglichst eingehend gemacht und daß die maßgebenden Faktoren auf die Forderungen der genannten Interessenten aufmerksam gemacht werden.

Auch ist allgemein bekannt, wie im Auslande mit allem Eifer an den Vorarbeiten der neuen Handelsverträge gearbeitet wird.

Die von der österr. Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen beim Abschlusse der Handelsverträge eingeleiteten Aktion muß daher nach Ansicht des landwirtschaftlichen Ausschusses auch vom Vorarlberger Landtag nach Thunlichkeit unterstützt werden.

Es wird daher gestellt der

A n t r a g :

Der hohe Landtag wolle beschließen :

„Dem Gesuch des Präsidiums der österreichischen Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen beim Abschlusse der Handelsverträge um Gewährung einer Subvention von K 100 wird entsprochen.“

Bregenz, den 8. Oktober 1904.

Pfarrer Fink,
Obmann.

Josef Anton Hirschbühl,
Berichterstatter.

